

## **Bekämpfen**

**S. 3**

Betroffen reagierten alle Fraktionen auf die rechtsextremistischen Gewalttaten rund um die Zwickauer Terrorzelle. Wie solcher Terror verhindert werden kann, war Kern der politischen Aufarbeitung.

## **Schützen**

**S. 7**

Wer um politisches Asyl bittet, dem soll geholfen werden. Trotz dieses Grundsatzes zeigten sich im Einzelnen unterschiedliche Ansätze. Ausgangspunkt der Debatte war auch die Lage in Syrien.

## **Beantworten**

**S. 8-9**

Unser Körper, unsere Organe: lebenswichtig für jeden von uns. Und, gegebenenfalls, für andere. Das Thema Organspende: eine persönliche Frage und zugleich von gesellschaftlichem Belang.

## **Fragen**

**S. 11**

Tiere werden geliebt und gebraucht. Gleich wie, sie benötigen Schutz. Ob es dazu zukünftig eines Verbandsklagerechts für Tierschutzorganisationen bedarf, war Thema einer Expertenanhörung.



## **Auf Herz und Nieren**

**Persönlich und gesellschaftlich ein Thema**

## Was wäre, wenn...?

Organspende, an und für sich eine gute Sache. Soweit sind sich wohl alle einig. Aber was, wenn es einen selbst betrifft: Wenn es einem wortwörtlich selbst an die Nieren geht?

Zwar ist Organspende in den vergangenen Jahren zu einem immer wiederkehrenden Topthema in den abendlichen Talkrunden geworden. Trotzdem bleibt und muss es am Ende eine ganz persönliche Frage bleiben: Will ich selbst spenden? Da schwingen individuelle Ängste, Sorgen und Befürchtungen mit. Kurzum: Es geht um mehr, als nur ein flüchtiges Kreuz auf dem orange-blauen Spendeausweis.

### EINE KLARE ENTSCHEIDUNG

Aber es geht am Ende eben auch um dieses Kreuz: Denn wer in Deutschland nach seinem Tod alle oder bestimmte Organe spenden will, muss dem laut Transplantationsgesetz zuvor zugestimmt haben. Am eindeutigsten funktioniert das per „Ja“ oder „Nein“ auf besagtem Ausweis. Anderenfalls müssen die Hinterbliebenen im Todesfall über das Für und Wider einer Organentnahme entscheiden und damit über den Willen des Verstorbenen mutmaßen.

Weniger als ein Drittel der Deutschen besitzt derzeit einen Spendeausweis. Ein Zustand, der nicht nur belastend für die Angehörigen werden kann, sondern angesichts des großen Bedarfs an Organen auch nicht zu verantworten ist. Im vergangenen Jahr konnten Ärztinnen und Ärzte in deutschen Kliniken laut der Deutschen Stiftung Organtransplantation rund 5.000 Organe transplantieren – etwa 800 Spenden kamen aus Nordrhein-Westfalen. Demgegenüber steht jedoch eine bundesweite Warteliste mit rund 12.000 Patientinnen und Patienten – sie alle warten auf ihr ganz persönliches Wunder.

Und ein kleines Wunder ist es tatsächlich: Wenn Menschen nach Monate- oder jahrelanger Wartezeit dank neuem Herzen, Niere oder Leber wieder richtig leben können. Solche Berichte erinnern daran, wie wichtig es ist, sich rechtzeitig selbst auch dieser Frage zu stellen: Was wäre, wenn...?

Egal wie unbequem und schwierig dies auch sein mag: Glück und Leid der betroffenen Menschen sind es allemal wert, die Frage klar und ernsthaft zu beantworten – ob mit „Ja“ oder „Nein“. Dies ist eine, wenn auch nicht gesetzliche, so doch moralische Pflicht. Denn nur so schaffen wir alle miteinander eine Basis, auf der nicht zuletzt unsere Angehörigen, aber vor allem die Ärztinnen und Ärzte verlässlich handeln und anderen Menschen lebensrettend helfen können – vielleicht sogar einmal uns selbst. *bra*



### Schwerpunkt: Organspende

Herzstück der Debatte .....	8
Standpunkt .....	9

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

Innere Sicherheit: „Dieser Feind steht rechts“ .....	3
Verkehr: Wohin steuert die Verkehrspolitik? ....	4
Beschäftigung: Günstige Arbeitskraft .....	5
Familien: „Jetzt wird gebaut“ .....	6
Asyl: Grundsatzregelung oder mehr Differenzierung .....	7

### Aus den Ausschüssen:

Tierschutz: Schutz der Geschöpfe .....	11
Recht: Sorge über Unabhängigkeit der Justiz ...	14
PUA: Untersuchungsausschuss	
Bau- und Liegenschaftsbetrieb .....	14

Gesetzgebung .....

Aus den Fraktionen .....

Portrait: Özlem Alev Demirel (Linke) .....

Impressum .....

Termine .....

# „Dieser Feind steht rechts“

## Debatte über braunen Terrorismus – Mitgefühl mit Opfern

17. November 2011 – Die Aufdeckung der über 13 Jahre lang mordenden und raubenden rechtsextremistischen Terroristengruppe Zwickau hat auch die Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag schockiert. Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen erklärten ihr Mitgefühl mit den Opfern und begannen mit der politischen Aufarbeitung der bisher bekannten Ermittlungsergebnisse. CDU, SPD, Grüne und FDP hinterfragten dabei insbesondere die Rolle des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Szene. Die Linksfraktion forderte dessen Auflösung und zog die Einrichtung eines Untersuchungsausschuss in Erwägung.

„Wir alle konnten den Anfängen nicht wirklich wehren“, erklärte **Carina Gödecke** (SPD) mit Blick auf die rechtsextremistischen Terrorakte. Die Sprecherin der SPD-Fraktion entschuldigte sich bei denjenigen, die sich in ihrer Angst vor rechter Gewalt nicht richtig wahrgenommen fühlten: „Damit haben wir den Opfern großes Unrecht getan.“ Aus Rechtsextremismus sei „blanker Rechtsterror“ geworden, jahrelang unerkannt, aber geschützt und unterstützt, analysierte die Abgeordnete. Sie forderte ein Verbot der NPD sowie eine Untersuchung der Rolle von Polizei und Verfassungsschutz. Aber auch in Aufklärung, Vorbeugung und Aussteigerprogramme müsse intensiviert werden.

Mindestens jeden zweiten Tag würden in Nordrhein-Westfalen Menschen Opfer von rechtsextremem Gewalt, betonte **Verena Schäffer** (Grüne). Die steigende Gewaltbereitschaft von Neonazis dürfe nicht weiter verharmlost werden. Es sei für sie schwer nachzuvollziehen, dass die Verfassungsschutzämter die Taten weder haben verhindern noch aufklären können. Ebenso stelle sich die Frage, ob V-Leute nicht Teil des Problems seien. Diskutieren müsse man über die rechtsextremen Einstellungen von Teilen

der Gesellschaft. Von der Bundesregierung forderte die Grüne, die vorgesehenen Kürzungen beim Programm gegen Rechtsextremismus und bei der Antidiskriminierungsstelle zurückzunehmen.

„Es gab möglicherweise erneut staatlich geförderten oder geduldeten Terror in diesem Land“, so **Anna Conrads** (Linke). Sie äußerte den Verdacht, dass sich mit Wissen und Unterstützung des Verfassungsschutzes rechtsterroristische Strukturen hätten bilden können, die durch bezahlte V-Leute unterstützt worden seien. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) sei ein Sumpf aus Nazis und Geheimdiensten. Es gebe eine immer unberechenbarere, gewaltbereitere rechtsradikale Szene. Man wisse nicht, ob die Gefahr nun wirklich gebannt sei. Conrads schlug vor, den Verfassungsschutz durch eine Analyse- und Beobachtungsstelle gegen menschenfeindliche Ideologien zu ersetzen.

Als „schändlich“ bewertete **Horst Engel** (FDP) die „ungekannte Dimension rechten Terrors“ in Deutschland. Auch er stellte die Frage, warum über Jahre hinweg niemand den „gewaltig stinkenden Sumpf“ gerochen habe. Das führe

zu massiven Vorwürfen gegen die Ermittlungsbehörden und den Verfassungsschutz. Dieser sei nun in Erklärungsnot über seine Rolle, seine Arbeitsweise und seine V-Leute, so Engel. Es lägen keine Erkenntnisse über die Existenz terroristischer Organisationen der rechtsextremen Szene vor, habe es Ende Oktober noch im NRW-Verfassungsschutzbericht geheißen. Die FDP fordere eine bessere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern.

„Wer hat eigentlich mit den Familien der heutigen Opfer gebangt?“, zog **Armin Laschet** (CDU) eine Parallele zum Umgang mit den Opfern des Terrors der Roten Armee Fraktion (RAF) in den 70er-Jahren. „Diese Schicksale haben uns nicht erreicht“, meinte er nun mit Blick auf die Opfer des rechtsextremen Terrors. Notwendig sei, das Mitempfinden zu stärken. „Dieser Feind steht rechts“, zitierte der CDU-Sprecher den ehemaligen Reichskanzler Josef Wirth. Wenn es richtig sei, bei diesen Morden auf die Taten von Einzeltätern zu verweisen, dann müsse Gleiches auch etwa bei Anschlägen mit islamistischem Hintergrund gelten, wandte Laschet sich gegen Fremdenfeindlichkeit.

Die Terrorserie sei ein Anschlag auf die Demokratie, stellte sich **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) gegen die Gewalttaten der nationalsozialistischen Extremisten. Klare Antworten forderte er auf mögliche Verbindungen zwischen der Terroristengruppe und den Verfassungsschutzbehörden. Dies müsse in größtmöglicher Transparenz geschehen. Alle Behörden seien an den rechtsstaatlichen Rahmen gebunden, betonte Jäger. Konkret forderte er eine stärkere Vernetzung der Landes- und Bundesbehörden, aber auch die Fortführung vorbeugender Programme gegen rechtsextremistische Strömungen. Vor allem aber seien mehr Zivilcourage und gesellschaftliches Engagement notwendig. cw

## Zu seinem Antrittsbesuch ...

... kam der neue Schweizer Generalkonsul Pius Bucher zu Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg. Auch wenn die Alpenrepublik selbst nicht Mitglied der Europäischen Union ist, waren Fragen zur derzeitigen Wirtschaftslage und Finanzkrise Teil des Gesprächs. Die beiden Politiker vereinbarten, dass Nordrhein-Westfalen und die Schweiz ihre gegenseitigen Beziehungen weiter ausbauen. Dies soll alle Bereiche von der Wirtschaft über den Tourismus bis hin zur Kultur umfassen. Des Weiteren wurde eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten erörtert. Analog zu den Bundesländern verfügt die Schweiz über Kantone. Foto: Schälte



Foto: Schälte

# Wohin steuert die Verkehrspolitik?

## Landtag debattierte über Investitionen in Infrastruktur

*16. November 2011 – Zusätzlich eine Milliarde Euro sollen nach Ankündigung der Bundestagsfraktionen von CDU und FDP bundesweit in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Im Landtag NRW boten die Pläne Anlass für eine Debatte zur Ausrichtung der nordrhein-westfälischen Verkehrspolitik. In einem Antrag (Drs. 15/3267) kritisierte die CDU-Fraktion, dass die rot-grüne Landesregierung die Aussichten auf zusätzliche Finanzmittel des Bundes unter anderem durch eine verfehlte Projektplanung konterkariere. Während sich die FDP-Fraktion der Kritik anschloss, wiesen SPD, Grüne und Linke die Vorwürfe zurück. Verkehrsminister Voigtsberger betonte, das Land werde auch zukünftig alle verfügbaren Bundesmittel in Anspruch nehmen.*

Über 100 Millionen Euro für den Fernstraßenbau stünden NRW laut den Plänen der Bundesregierung zusätzlich zur Verfügung, verdeutlichte Bernhard Schemmer (CDU). Allerdings seien dabei nur solche Projekte berücksichtigt, für die bereits Baurechte vorlägen. Dies sei in NRW vielfach nicht der Fall. Die Landesregierung habe beim Straßenbau die Investitionen „auf das Niveau der 70er-Jahre“ gekürzt. „Ihr planloses Vorgehen würde dazu führen, dass das Geld in Nordrhein-Westfalen nicht verbaut wird“, kritisierte Schemmer den Verkehrsminister. Und er forderte ihn auf: „Kehren Sie zu einer wettbewerbsfähigen Verkehrspolitik zurück!“

Eine „Politik der Suggestion“ nannte Rainer Schmeltzer (SPD) die Vorwürfe. Laut den Plänen der Bundesregierung seien für NRW 120 Milli-

onen Euro zu erwarten, jedoch sei bisher nichts Konkretes bekannt. Bezogen auf anderweitige Kürzungen auf Bundesebene käme die Gesamtsumme an Bundesmitteln noch nicht einmal ansatzweise dem nahe, was NRW im Durchschnitt der letzten Jahre zugestanden habe. Der Abgeordnete sprach sich dafür aus, Mittel für Verkehrsprojekte nach „nationaler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ einzusetzen. In diesem Sinne habe NRW Projekte wie die Betuwe-Linie oder den Eisernen Rhein vorzuweisen.

Mehr als eine Absichtserklärung der Bundesregierung gebe es bisher nicht, sagte Arndt Klocke (Grüne). Ungerechnet seien die angekündigten Gelder nicht mehr als eine Kompensation für mittelfristig geplante Kürzungen von anderen

Bundesmitteln. Auf die Kritik der CDU-Fraktion antwortete er: „Es sind bis 2014 genügend Maßnahmen in der Priorisierung auf Stufe 1 baureif, so dass wir sie sofort bauen können.“ CDU und FDP müssten sich allerdings die Frage gefallen lassen, warum mehr als die Hälfte der Gelder für den Straßenbau vorgesehen seien: „Warum investieren Sie nicht mehr in die Schiene und in andere Verkehrsträger?“

Während die schwarz-gelbe Bundesregierung durch ihre Ankündigung Verkehrspolitik betreibe, betreibe die rot-grüne Landesregierung in den Augen der Bürgerinnen und Bürger Staupolitik, meinte Christof Rasche (FDP). Er verwies darauf, dass Mittel für Ortsumgehungen aus dem Bedarfsplan des Landes um rund 20 Prozent gekürzt worden seien und eine Reihe von Projekten plötzlich als nachrangig eingestuft werde. Die Landesregierung mache den Fehler, „zu wenig baureife Projekte“ zu schaffen. Rasche forderte ein Umdenken. „Bei den vorliegenden Verkehrsprognosen müssen wir dringend etwas für die Infrastruktur tun.“

Der Antrag der CDU-Fraktion sei ein „Showantrag“, kritisierte Michael Aggelidis (Linke). Allein um die vorhandene Infrastruktur „in erforderlichem Umfang und in der gebotenen Qualität“ aufrechtzuerhalten, würden die Mittel auf allen Ebenen nicht ausreichen. Daher verbiete der „wirtschaftliche Sachverstand umfangreiche Neubaumaßnahmen“, fand Aggelidis. Benötigt werde ein „innovatives Gesamtkonzept“ für den Verkehr in NRW. Darin müsse insbesondere der Ausbau des Schienenverkehrs vorangetrieben werden. „Die Priorität des motorisierten Individualverkehrs ist ökonomisch, ökologisch und sozial unverantwortlich.“

Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD) führte aus, es sei noch nicht klar, „wer genau von der Milliarde profitieren soll, welche Verkehrswege in welcher Höhe bedacht und nach welchen Bedingungen die Mittel verteilt werden sollen“. Er werde sich dafür einsetzen, dass NRW alle verfügbaren Mittel beanspruche. Zugleich verteidigte er die Priorisierung von Projekten. Dabei handele es sich nicht um eine Streichliste. Die Priorisierung sei sinnvoll, um unnötige Planungskosten zu reduzieren und Projekte „nach vordringlichem Bedarf“ zu sortieren, so etwa mit Blick auf Frostschäden des vergangenen Winters.

S17

### Beschluss

Der Antrag (Drs. 15/3267) wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

# Günstige Arbeitskraft

## Fall Amazon: Eingliederungshilfe oder bloße Einsparmöglichkeit?

16. November 2011 – Das Internet-Versandhaus Amazon ist wegen seiner vorweihnachtlichen Beschäftigungspraxis in den vergangenen Wochen in die Kritik geraten: Medienberichten zufolge soll das Haus im Weihnachtsgeschäft zahlreiche Arbeitslose zwei Wochen lang ohne Lohn zur Probe arbeiten lassen – vermittelt und bezahlt durch eine Maßnahme der Arbeitsagentur (Arge). Auf Eilantrag der FDP (Drs. 15/3302) hat sich der Landtag mit dem Thema befasst.

Die Arbeitsagentur verweise auf beeindruckende Vermittlungsquoten an den Amazon-Standorten, verteidigte **Dr. Stefan Romberg** (FDP) die kritisierte Beschäftigungspraxis. In Rheinberg seien bislang 78 Prozent der probearbeitenden Arbeitslosen übernommen worden, in Werne seien es sogar 90 Prozent. „Aus unserer Sicht ist es gut, ein Training möglichst nah am ersten Arbeitsmarkt zu machen“, erklärte der FDP-Politiker. Es müsse alles getan werden, damit Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückkämen. Zudem betonte er: Die Eingliederungshilfe und somit das Probearbeiten passierten auf Basis der unter Rot-Grün auf Bundesebene verabschiedeten Hartz-Reform.

Zwar habe das Arbeitsministerium in einer Pressemitteilung den Eindruck von Skandal und Illegalität der Amazon-Praxis erweckt. Doch: „Es handelt sich um eine Eingliederungsmaßnahme, eine legale Vorgehensweise“, unterstrich **Norbert Post** (CDU). Die Eingliederungshilfe der Arbeitsagentur sei durch die Sozialgesetzgebung von Rot-Grün genehmigt. Auch hätten viele Menschen über die insgesamt 2.000 geförderten Maßnahmen bei Amazon wieder auf den Arbeitsmarkt zurückgefunden. „Ist das, wie sie zu sagen pflegen, illegitim?“, fragte Post. Vielmehr müsse es nun darum gehen, die Nachhaltigkeit zu überprüfen. Das sei Sache der Landesregierung.

„Die FDP müsste doch eher Bedenken äußern angesichts eines massiven Mitnahme- und Verzerrungseffekts zugunsten eines Großkonzerns“, zeigte sich **Günter Garbrecht** (SPD) irritiert. Weder die SPD noch die Landesregierung stellten ein arbeitsmarktpolitisches Instrument in Frage. Jedoch rechtfertigten die massenhaften Eignungsverfahren von Arbeitslosen bei Amazon keine zweiwöchige, kostenlose Probezeit: Das Land müsse prüfen, ob hier ungerechtfertigte Lohnsubventionen vorlägen, forderte der SPD-Sprecher. Auch sei zu klären, ob die Probezeit nachträglich tariflich entgolten werden müsse. Das sei bisher bei der Agentur keine gängige Verfahrenspraxis.

Die Eingliederung sei ein individuelles Instrument und nicht eine systematische, mehrwöchige Maßnahme für Hunderte von Menschen, betonte **Martina Maaßen** (Grüne). „Von bedarfsgerechter

Einzelfallhilfe kann dabei nicht mehr die Rede sein.“ Auch stelle das Probearbeiten bei Amazon nur eine befristete Beschäftigung in Aussicht. „Das kann es nicht sein.“ Das Gesetz schreibe ausdrücklich vor, bei Leistungen gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darauf zu achten, den Wettbewerb nicht zu verzerren. „Es geht nicht um legales oder illegales Handeln“, sagte Maaßen. Sondern darum, dass das Instrument systematisch angewandt einem Konzern Lohnkosten im sechsstelligen Bereich erspare.

„Die Vorgänge bei Amazon sind skandalös“, rief **Wolfgang Zimmermann** (Linke) im Plenum aus. Es gehe tatsächlich nicht darum, ob etwas illegal sei oder nicht. Skandalös sei, dass Menschen ohne Bezahlung arbeiten müssten. Das dürfe so nicht weiter gehen, forderte der Linke. Die Lohnübernahme durch die Arbeitsagentur käme einem Sponsoring von Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen gleich. Die Kosten hierfür müsse die Allgemeinheit tragen, kritisierte Zimmermann: „Da werden auch Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert.“ Daher sei es richtig von Unternehmen, die Arbeitslose weiterbeschäftigten, die Kosten der Probezeit zurückzuverlangen.

Er unterstütze es, wenn Amazon in neue Arbeitsplätze investiere, sagte **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Doch müsse die Lohnübernahme durch die Arge hinterfragt werden – unabhängig davon, ob das Gesetz diese Möglichkeit grundsätzlich einräume. So habe Amazon in Werne für gut 1.600 der in diesem Jahr knapp 1.800 geschlossenen, meist befristeten, Arbeitsverträge öffentliche Gelder erhalten. „Diese Praxis der Förderung sehr kurzfristiger Beschäftigung führt nicht zu einer nachhaltigen beruflichen Integration“, betonte der Minister. Er begrüße deshalb, dass die Regionaldirektion der Arge angekündigt habe, die kritisierte Praxis zu überprüfen und vorerst nicht fortzuführen. *bra*



Dr. Stefan Romberg (FDP)

Norbert Post (CDU)

Günter Garbrecht (SPD)

Martina Maaßen (Grüne)

Wolfgang Zimmermann (Linke)

Fotos: Schälte

Arbeitsminister  
Guntram Schneider (SPD)

### Beschluss

Der Antrag (Drs.15/3302) wurde nach Beratung in direkter Abstimmung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

## „Jetzt wird gebaut“

### Schlagabtausch über Mangel an U3-Betreuung

17. November 2011 – Dass zusätzliche Plätze für die Betreuung unter Dreijähriger (U3-Betreuung) nötig sind, darüber waren sich alle Fraktionen einig. Unterschiedlich bewerteten sie allerdings die Frage, wer die bisher nicht ausreichende Zahl an Plätzen in Kindertagesstätten (Kitas) zu verantworten habe. FDP und CDU brachten dieses Thema je mit einem eigenen Antrag ins Plenum ein (Drs. 15/3262 bzw. Drs. 15/3270). SPD, Grüne und Linke legten einen gemeinsamen Entschließungsantrag vor (Drs. 15/3321).

Die Dynamik beim U3-Ausbau sei zum Erliegen gekommen, rechnete Marcel Hafke (FDP) vor. Im Jahr 2009 habe NRW eine Steigerung der Betreuungsquote von 11,6 Prozent auf 14 Prozent erreicht, im Jahr 2011 nur um weitere knapp zwei Punkte auf 15,9 Prozent. Rot-Grün habe die bundesweit niedrigsten Werte zu verantworten. Die Kommunen fühlten sich bei der Finanzierung dieser Plätze von der Landesregierung im Stich gelassen. Insbesondere wandte sich Hafke gegen eine „Krippenabgabe“ für Unternehmen. Aus Sicht der FDP sei es zudem sinnvoller, in die frühkindliche Bildung anstatt in ein Betreuungsgeld zu investieren.

In zwei Jahren müsse NRW eine Betreuungsquote von mindestens 32 Prozent erreichen, so Ursula Doppmeier (CDU). Dies sei ein „wirklich enges Zeitfenster“. Für diesen U3-Ausbau sei die amtierende Landesregierung in der Pflicht. Junge Eltern müssten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die Tat umsetzen können. Hinzu komme der Druck für die Schaffung neuer Plätze für über Dreijährige, der auch damit zusammenhänge, dass die rot-grüne Landesregierung die geplante frühere Einschulung gestoppt habe. Doppmeier forderte, die Prioritäten anders zu setzen und anstelle

der Kita-Beitragsfreiheit den U3-Ausbau voranzutreiben.

„In der Tat gehören die Zahlen, die jetzt veröffentlicht worden sind, zu Ihrer Bilanz“, warf Wolfgang Jörg (SPD) der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung vor. Und trotz der „niederschmetternden“ Zahlen hätten CDU und FDP seit vergangem Jahr jeden Antrag abgelehnt, der auf einen Zugewinn im Elementarbereich abgezielt habe. Seit 2010 habe die neue Landesregierung 150 Millionen Euro in die Hand genommen, um den U3-Ausbau zu beschleunigen, jetzt seien noch einmal 250 Millionen Euro geplant. „Setzen wir uns gemeinsam an einen Tisch“, warb Jörg für ein gemeinsames Vorgehen zur Steigerung der Betreuungsplatzzahl.

„Das sind Ihre Kinder, das ist die Regierungsverantwortung von Schwarz-Gelb“, kritisierte auch Andrea Asch (Grüne). Die jetzt veröffentlichte Bundesstatistik beziehe sich auf die Kinder, die im Kindergartenjahr 2010/2011 aufgenommen worden seien. Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung habe kurz nach der Landtagswahl einen Förderstopp erlassen, der zu einem Stopp aller Neubaumaßnahmen geführt habe. Außerdem hätten CDU und FDP keine Landesmittel

in den U3-Bereich gesteckt. Jetzt müssten Kommunen, Länder und vor allen Dingen auch die Bundesregierung gemeinsam an der Erfüllung des gegebenen Rechtsanspruchs arbeiten.

Es gebe für junge Familien lange Wartelisten auf einen U3-Kitaplatz, beklagte Dr. Carolin Butterwegge (Linke). Die betroffenen Mütter könnten nicht berufstätig sein. Somit sei eine schlechtere Absicherung im Alter vorprogrammiert. Mit Blick auf diese Probleme sei jetzt eine Kraftanstrengung erforderlich, um den Rechtsanspruch auf eine Kindertagesbetreuung durch qualitativ gute Kitas ab dem zweiten Lebensjahr erfüllen zu können. Dies müsse von allen Beteiligten – Bund, Land, Kommunen, Trägern und Elternvertretung – gemeinsam geleistet werden. Eine Betreuungsquote von 32 Prozent werde den Bedarf nicht decken.

„Wir dürfen uns nicht mehr gegenseitig die Schuld zuweisen“, trat auch Familienministerin Ute Schäfer (SPD) dafür ein, gemeinsam für genügend Betreuungsplätze zu sorgen. Hierzu habe die Landesregierung ein Ausbauprogramm von 400 Millionen Euro bis zum Jahr 2013 beschlossen. Dies sei zusammen mit den 482 Millionen Euro, die der Bund beisteuere, und den Mitteln der Kommunen der richtige Weg. Die erste Tranche sei im Dezember 2010 an die Jugendämter gegangen; daher könne man die Ergebnisse nicht schon im März danach in einer Statistik wiederfinden. „Es wird jetzt gebaut“, begrüßte die Ministerin die Anstrengungen der Kommunen. c/w

#### Überschrift

Die Anträge von FDP (Drs. 15/3262) und CDU (Drs. 15/3270) wurden von SPD, Grünen und Linken abgelehnt, die umgekehrt wiederum ihren eigenen Entschließungsantrag (Drs. 15/3321) durchbrachten.

## Europa: Auch im Alltag allgegenwärtig



Was bedeutet Verbraucherschutz in der Europäischen Union? Darüber diskutierten 150 Schülerinnen und Schüler beim Europäischen Jugendforum am 2. Dezember im Düsseldorfer Landesparlament. In einem Planspiel und im Gespräch mit Landtags- und Europaabgeordneten konnten sie erfahren, welche Maßnahmen die EU im Umweltschutz, in der Lebensmittelsicherheit und im Gesundheitsbereich ergreift. Die neue Veranstaltungsreihe des Europäischen Parlaments feierte ihren Auftakt im Landtag NRW, bevor sie ab dem nächsten Jahr in weiteren Landesparlamenten gastiert. Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke und der Leiter des deutschen Informationsbüros des Europäischen Parlaments, Frank Piplat, begrüßten die Jugendlichen im Plenarsaal. Beide betonten: Europa ist nicht allein in der Politik, sondern auch im Alltag allgegenwärtig.

Foto: Schälte

# Grundsatzregelung oder mehr Differenzierung

## Unterschiedliche Ansätze in der Asylpolitik

16. November 2011 – Was tun mit Menschen, die aus ihrer Heimat nach Deutschland, nach Nordrhein-Westfalen geflüchtet sind? Die Linken fordern eine umfassende und großzügige Bleiberechtsregelung (Drs. 15/3249) ebenso wie eine Aussetzung von Abschiebungen während der Wintermonate nach Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Kosovo (Drs. 15/3248). SPD und Grüne wollen sich beim Bleiberecht auf Bundesebene für eine stichtagsfreie Regelung einsetzen (Drs. 15/3316). Mit Blick auf die aktuelle Situation in Syrien fordern sie zudem gemeinsam mit den Linken eine Aussetzung des deutsch-syrischen Abkommens zur Rückübernahme von abgeschobenen syrischen Staatsangehörigen (Drs. 15/3254). Dorthin fänden sowieso keine Abschiebungen mehr statt, meinte die FDP. Die CDU wandte sich grundsätzlich gegen „pauschale“ Lösungen.

Eine Abschiebung in die Staaten des ehemaligen Jugoslawien bedeute Hunger, Verfolgung und Elend, meinte **Ali Atalan** (Linke). Auch Menschen aus Syrien dürften nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden, denn dort lasse die Regierung auf die Bevölkerung schießen. Derzeit lebten in Deutschland mehr als 73.000 Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Aus Sicht der

politischen Asyls werde durch das Rückübernahmeabkommen nicht angetastet und müsse deswegen auch nicht ausgesetzt werden.

Man müsse den Menschen aus Syrien die Sicherheit geben, dass sie dauerhaft nicht abgeschoben würden, forderte **Serdar Yüksel** (SPD). Dazu sei eine entsprechende Rechtsgrundlage

ches Rückübernahmeabkommen mit „diesem menschenverachtenden Regime in Syrien“ aufrechtzuerhalten, kritisierte **Düker**. Hinsichtlich des Themas „Bleiberecht“ wandte sie sich gegen eine Stichtagsregelung. Man müsse vielmehr Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst verdienen könnten.

Das Rückübernahmeabkommen verpflichte die Bundesregierung nicht zur Durchführung von Abschiebungen, erläuterte **Horst Engel** (FDP). Es hindere sie auch nicht daran, Abschiebungen in Gefährdungssituationen auszusetzen. Eine solche liege derzeit eindeutig vor. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage einer Kündigung oder Aussetzung des angesprochenen bilateralen deutsch-syrischen Vertrags nicht, so Engel. „Abschiebungen nach Syrien dürfen deshalb nicht stattfinden. Es gibt auch keine. Deshalb können wir Ihren Anträgen inklusive Entschließung nicht zustimmen“, unterstrich er den Standpunkt seiner Fraktion.

Die Landesregierung werde sich „mit Nachdruck“ dafür einsetzen, das Abkommen mit Syrien aufzukündigen, so **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Bei Rest-Jugoslawien sowie dem Kosovo



Fotos: Schälte

Ali Atalan (Linke)

Gregor Golland (CDU)

Serdar Yüksel (SPD)

Monika Düker (Grüne)

Horst Engel (FDP)

Innenminister Ralf Jäger (SPD)

Linksfraktion dürfe der eigenständige Lebensunterhalt nicht Vorbedingung für ein Bleiberecht sein. „Menschen leben hier und machen dieses Land zu ihrer Heimat“, so Atalan. Daher müsse NRW eine Bleiberechtsregelung initiieren, die endlich einmal greife.

„Wir sind eindeutig gegen einen pauschalen und generellen Abschiebestopp“, betonte dagegen **Gregor Golland** (CDU). Bei dem Thema müsse differenziert werden: Den Menschen, die des Schutzes bedürften, werde dieser auch gewährt. Es könne aber auch erwartet werden, dass die Menschen, die als Asylbewerber kämen, sich integrierten. Diejenigen, die Hilfsbereitschaft ausnutzten und sich nicht an Regeln hielten, müssten abgeschoben werden können. Mit Blick auf Syrien betonte Golland, die Möglichkeit des

nötig. Das Rückübernahmeabkommen mit Syrien müsse wegen der aktuellen Lage ausgesetzt werden. Die Landesregierung solle sich beim Bund dafür einsetzen, dass es zurückgenommen werde. Im Hinblick auf die verschärfte Sicherheitslage im Kosovo setzte sich **Yüksel** für eine neue Bleiberechtsregelung ein, die Abschiebungen in dieses Land verhindere. Außerdem müsse man eine „Willkommenskultur“ schaffen, die Flüchtlingen ermögliche, hier zu arbeiten.

Bis zur Klärung der Verhältnisse in Syrien sollen keine Abschiebungen vorgenommen werden, erläuterte **Monika Düker** (Grüne) eine entsprechende Entscheidung des Bundesinnenministeriums. Damit sei die entsprechende Forderung erfüllt. Aus Sicht der Grünen verbiete es sich für einen Rechtsstaat grundsätzlich, ein sol-

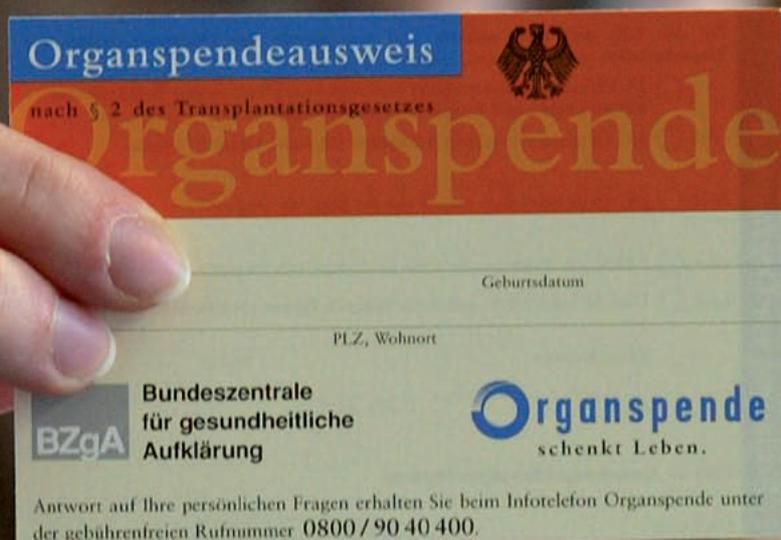
habe er den Eindruck, dass sich die Lage für dorthin zurückkehrende Flüchtlinge deutlich verbessert habe, so der Minister. Er werde die Lage im Kosovo in den kommenden Wochen mit Flüchtlingsorganisationen und den Kirchen erörtern und dann über einen Wintererlass wie in den Jahren zuvor entscheiden. Beim Bleiberecht werde sich NRW in der Innenministerkonferenz für eine „dauerhafte, stichtagsunabhängige und faire“ Regelung einsetzen. *cw*

### Überschrift

Die Drucksachen 15/3316 (SPD/Grüne) bzw. 15/3254 (SPD/Grüne/Linke) wurden angenommen, die Anträge der Linksfraktion (Drs. 15/3248 bzw. 15/3249) abgelehnt. CDU und FDP stimmten jeweils gegen die Anträge.

# Herzstück der Debatte

## Organspenden in NRW: Rück- und Ausblick zur politischen Beratung



9. November 2011 – „Es bedarf weiterhin eines verstärkten Einsatzes aller Beteiligten, um die Zahl der Organspender weiter zu erhöhen und damit die Situation der Menschen, die dringend auf ein Spenderorgan warten, zu verbessern“, stellen die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen in einem gemeinsamen Antrag fest (Drs. 15/3440). Nach mehreren Beratungsrunden hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) diesen nun mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen sowie der Linken angenommen. Die FDP enthielt sich. Bereits im Februar hatte sich das Plenum mit der Zahl der Organspenden in NRW befasst und einen zunächst allein von der CDU gestellten Antrag (Drs. 15/1315) an den Ausschuss überwiesen.

In Deutschland warteten derzeit rund 12.000 Menschen auf ein neues Herz, Niere oder Lunge, erläuterte Hubert Kleff (CDU) in der Plenardebatte Ende Februar. Rund 1.000 Menschen würden aus Mangel an einem geeigneten Spenderorgan sterben. Der CDU-Politiker forderte daher, die Aufklärungsarbeit zu verstärken. Günter Garbrecht (SPD) erinnerte zudem daran, dass die Debatte um die Frage, ob die derzeit geltende Zustimmungsregelung ausreiche, dazu geführt habe, dass unter anderem der Ethikrat, aber auch der Deutsche Ärztetag mittlerweile eine Widerspruchslösung befürworteten. Das Thema Organspende sei ethisch besonders sensibel und für die betroffenen Angehörigen oft mit Unsicherheit und Schmerzen verbunden, betonte Arif Ünal (Grüne). Trotz des Organmangels müsse es jedoch wegen der notwendigen Selbstbestimmung gesellschaftlich auch akzeptiert werden, wenn sich jemand bewusst gegen eine Spende entscheide.

Es sei schon viel passiert, verwies Dr. Stefan Romberg (FDP) auf im Jahr 2007 vereinbarte Maßnahmen: etwa den neuen Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern, die Einführung klinikinterner Handlungsanweisungen für den Ablauf von Organspenden oder die entsprechende Begleitung von Angehörigen. Der FDP-Sprecher forderte zudem, die Vorrangigkeit

der postmortalen Spende vor einer Lebendspende aufzuheben. Letztere habe die größeren Erfolgsaussichten. Wolfgang Zimmermann (Linke) schloss sich dem CDU-Vorschlag an, von den Krankenhäusern mehr Engagement in Sachen Organspende einzufordern. Allerdings müssten diese dann auch dementsprechend gefördert werden.

### FRAKTIONSÜBERGREIFENDE EINIGUNG

Das Plenum überwies den Antrag an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration. In den folgenden Ausschussberatungen einigten sich die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen dann auf einen gemeinsamen Änderungsantrag zum ursprünglichen Antrag der CDU, den der Sozialausschuss denn auch annahm. Ein von der FDP im Ausschuss eingebrachter Entschließungsantrag (Drs. 15/2781) blieb dort ohne Mehrheit.

Damit erkennt der Landtag die Organspende als Ausdruck zwischenmenschlicher Solidarität an. Er betont jedoch, dass es sich dabei um eine selbstbestimmte, freie Entscheidung handeln müsse. Gleichzeitig forderte er die Landesregierung dazu auf, Fortbildung und Zertifizierung der Transplantationsbeauftragten

zu gewährleisten. Zudem gelte es, angehende Ärztinnen und Ärzte bereits in der Ausbildung für das Thema Organspende zu sensibilisieren sowie medizinisches und pflegendes Personal verstärkt fortzubilden. Und auch die Krankenhäuser selbst müssten sich noch mehr im Bereich der Organspende engagieren. Im Fall der Feststellung des Hirntodes solle zwingend der Transplantationsbeauftragte des jeweiligen Krankenhauses informiert werden. Insgesamt sei es notwendig, Umsetzungsdefizite zu analysieren und abzustellen.

Vor allem müsse aber auch die Bevölkerung besser informiert werden. Dies sei Aufgabe unter anderem der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, der Krankenkassen sowie des Landes. Die Informationen sollten so gestaltet sein, dass sie eine fundierte Auseinandersetzung mit der schwierigen Thematik erleichterten. Zudem müssten Empathie und Sensibilität die ergebnisoffenen Gespräche mit Angehörigen möglicher Spenderinnen und Spender prägen.

### Infokasten

Dem Plenum wird voraussichtlich am 8. Dezember 2011 der gemeinsame Antrag von CDU, SPD und Grünen zur Bestätigung vorgelegt.

# Standpunkt

## So stehen die Fraktionen zum Thema „Organspende“.



Hubert Kleff (CDU)

Das Leben ist unser wertvollstes Geschenk. Durch eine Organspende kann man neues Leben schenken. Das Thema Organspende geht uns alle an. Jeder kann in die Situation kommen, dass nur noch ein Spenderorgan das eigene Leben retten kann. Organspende ist ein Zeichen der Solidarität und der Nächstenliebe. Wir sollten unseren Angehörigen die Entscheidung abnehmen und mit einem Organspendenausweis unser „Ja fürs Leben“ erklären. 1.000 Menschen könnten jährlich gerettet werden. Dass alle im

Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sich auf eine freiwillige Entscheidungslösung verständigt haben, ist ein Beweis für eine funktionierende menschliche Demokratie und wird von der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich begrüßt. Es kommt jetzt darauf an, dass alle Beteiligten, Deutsche Stiftung Organtransplantation, Krankenkassen, Krankenhäuser und die politisch Verantwortlichen, die Bürgerinnen und Bürger verantwortungsbewusst aufklären.



Günter Garbrecht (SPD)

Die Organspende von Frank Walter Steinmeier hat gezeigt: Organspende ist ein Akt der Mitmenschlichkeit und der Solidarität. Jeder könnte durch Unfall oder schwere Krankheit in die Situation kommen, ein Spenderorgan zu benötigen. Das Dilemma: Die grundsätzliche Bereitschaft in der Bevölkerung zur Organspende ist deutlich höher als die Zahl der Menschen, die dies auch durch einen Organspendenausweis dokumentieren. Deshalb müssen wir intensiv informieren und die Rahmenbedingungen für Transplantationen ver-

bessern. Darauf haben sich die Fraktionen des Landtags geeinigt. Die gesetzliche Verankerung von Transplantationsbeauftragten wurde schon 2007 auf unsere Initiative in das Krankenhausgesetz aufgenommen. Die Erklärungslösung, auf die sich alle Fraktionen des Landtags nun verständigt haben, ist ein guter Weg. Auch auf Bundesebene hat man sich fraktionsübergreifend geeinigt, eine solche Regelung anzustreben. Daran haben auch Parlament sowie die Landesregierung ihren Anteil.



Arif Ünal (Grüne)

Organspende ist ein Ausdruck zwischenmenschlicher Solidarität. In der Bevölkerung existieren hierzu aber immer noch große Unsicherheiten und Bedenken. Viele Menschen haben die Sorge, im Ernstfall würden nicht alle medizinischen Maßnahmen zur Lebenserhaltung ergriffen, wenn man zu einer Organspende bereit ist. Deshalb ist es wichtig, Menschen in sensibler und kompetenter Form über die Chancen und Risiken einer Organspende aufzuklären und Ängste zu nehmen. Mehr Aufklärung und Beratung,

die auch auf die unterschiedlichen Ablehnungsgründe eingehen, sind also nötig. Die Information sollte auch in Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen in unterschiedlichen Sprachen sowie in zielgruppenspezifischer Gestaltung herausgegeben werden. Der Zugang zur Aufklärung und Information vor Ort muss zudem niedrigschwellig gestaltet sein. Die selbstbestimmte und freie Entscheidung jedes und jeder Einzelnen für oder gegen eine Organspende muss dabei gesichert sein.



Stefan Romberg (FDP)

Oftmals sind Organspenden die einzige Möglichkeit, um das Leben von schwerkranken Menschen zu retten. Derzeit warten bundesweit etwa 12.000 Patienten auf ein Spenderorgan. Nach wie vor sind Unsicherheiten und Ängste im Umgang mit den Themen Organspende und Hirntod weit verbreitet. Die FDP hält es für notwendig, die Aufklärung von Bürgern auszubauen und niedrigschwellig zu gestalten. Die Bereitschaft zur Organspende ist ein sehr persönlicher Ausdruck von Solidarität und Nächstenlie-

be, der Freiwilligkeit voraussetzt. Die FDP würde es begrüßen, wenn sich alle Fraktionen im Bundestag wie jetzt verabredet auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen, um diese Bereitschaft zu erhöhen. Unverzichtbar ist darüber hinaus ein intensives Engagement der Krankenhäuser. Das medizinische und pflegerische Personal sollte verstärkt an Fortbildungen teilnehmen und dabei auch auf den sensiblen Umgang mit Angehörigen in einer Ausnahmesituation vorbereitet werden.



Wolfgang Zimmermann (Linke)

Die Zahl der gespendeten Organe ist in Deutschland viel geringer als in den Nachbarländern. Auch wenn mehr Menschen dazu bereit sind, ihre Organe zu spenden, geht die Anzahl der Organtransplantationen bundesweit seit 2008 merklich zurück. Nach wie vor warten etwa 12.000 Menschen auf ein lebensrettendes Organ. Die auch von der Linksfraktion mitgetragene fraktionsübergreifende Bundestagsinitiative, nach der allen erwachsenen Menschen die Frage gestellt werden soll, ob sie zu einer Organspende be-

reit sind, ist zu begrüßen. Allerdings müsste diese Initiative von einer Aufklärungskampagne begleitet werden, die die Notwendigkeit von Organspenden deutlich macht. Um die Transplantationen vornehmen zu können, muss darüber hinaus die personelle Situation in den Krankenhäusern erheblich verbessert werden. Das kostet allerdings Geld. Wer wirklich die Zahl der durch Organspenden geretteten Menschen erhöhen will, muss auch bereit sein, die notwendigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

# Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/3398	Gesetz zur Stärkung des kommunalen Ehrenamtes etc. und zur Änderung weiterer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, SPD, Grüne, FDP	Vorschlag: Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 9.12.2011
15/3396	Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, CDU, SPD, Grüne	Vorschlag: Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 8.12.2011
15/3261	Gesetz zur Entflechtung datenschutzrechtlicher Kompetenzen beim WDR, FDP	Vorschlag: Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 8.12.2011
15/3047 Vorl. 15/914	Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz, LR	Haupt- und Medienausschuss	2. Lesung 8.12.2011
15/3046	Entbürokratisierung der Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Ausschussberatung 16.12.2011
15/3045	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW und des Bürokratieabbaugesetzes I, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	2. Lesung 21./22.12.2011
15/2988	Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik	Anhörung geplant
15/2953	Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes, LR	Umweltausschuss	Anhörung 23.1.2012
15/2944	Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Ausschussberatung 14.12.2011
15/2859	Unterstützung der komm. Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 8.12.2011
15/2852	Änderung des Ordnungsbehördengesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 12.1.2012

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/2851	Wiedereinführung einheitlich sozial-gestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und der Beitragsfreiheit, Linke	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	Anhörung 12.1.2012
15/2793	Einführung der untergesetzl. Normenkontrolle, FDP	Rechtsausschuss	Sachverständigengespräch geplant
15/2436	Änderung des Landesaltenpflegegesetzes, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	2. Lesung 7./8.12.2011
15/2380	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	Beratung läuft
15/2379	Sicherung von Tarifreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen, LR	Wirtschaftsausschuss	Schlussberatung im Ausschuss 14.12.2011
15/2359	Änderung der Landesbauordnung, SPD, Grüne	Bauausschuss	2. Lesung 8.12.2011
15/2356	Gesetz zur Abschaffung der Hochschulräte, Linke	Wissenschaftsausschuss	Sachverständigengespräch 16.12.2011
15/2224	Änderung des Kommunalabgabengesetzes, LR	Schulausschuss	2. Lesung 8.12.2011
15/2209	Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, CDU, SPD, Grüne	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Ausschussberatung läuft
15/2151	Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	2. Lesung 8.12.2011
15/1876	Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, LR	Bauausschuss	2. Lesung 8.12.2011
15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Wissenschaftsausschuss	Ausschussberatung läuft
15/1312	Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Ausschussberatung 15.12.2011
15/1068	Änderung der NRW-Verfassung (Artikel 83), CDU	Haupt- und Medienausschuss	Öffentliche Anhörung 15.12.2011
15/474	Bibliotheksgesetz und Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Beratung ausgesetzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 16./17. November 2011 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/2775	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des 2. Buches Sozialgesetzbuch	Landesregierung	1. Lesung 28.9.2011 2. Lesung 16.11.2011	angenommen
15/2225	Änderung des Gesetzes über die Seilbahnen	Landesregierung	1. Lesung 20.7.2011 2. Lesung 16.11.2011	angenommen
15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie	FDP	1. Lesung 12.11.2010 2. Lesung 16.11.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Eine Verbesserung der Rechtssicherheit, kürzere Verfahren und leichter durchsetzbare Prüfungen waren für Dr. Christiane Baumgartl-Simons (Bundesverband der Tierversuchgegner) die Vorteile des geplanten Verbandsklagerechts. Dies betreffe die Haltung von Nutztieren ebenso wie die von Tieren im Zoo, aber auch genehmigungspflichtige Tierversuche. „Wir sorgen schon jetzt für die Einhaltung gemeinsamer Standards“, antwortete daraufhin Dr. Wolfgang Gettmann (Verband Deutscher Zoodirektoren, Deutscher Wildgehege-Verband). Durch das angestrebte Gesetz könnten notwendige Um- oder Neubaumaßnahmen verzögert werden.

Um Vergehen gegen den Tierschutz zu vermeiden, ist es laut Dr. Roland Otto (Bundesverband der beamteten Tierärzte) notwendig, ein Netzwerk an Kontrollen aufzubauen. Die Tierärztinnen und Tierärzte sowie die Beamtinnen und Beamten vor Ort bräuchten die Rückendeckung, die eine Verbandsklage bieten könne, unterstützte Dr. Karl Fikuart die Gesetzesvorlage.

Gerade die Forschung habe Interesse an einem guten Tierschutz, da dies gute Ergebnisse sichere, betonte Professor Stefan Treue (Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz, Allianz der Wissenschaftsorganisationen). Er befürchtete, dass zukünftig die Planungssicherheit auch bei genehmigten Vorhaben nicht mehr gegeben sei. Außerdem müssten angesichts angestrebter europäischer Harmonisierungen in allen EU-Mitgliedsstaaten eigentlich die gleichen Rahmenbedingungen gelten.

#### AUSWIRKUNGEN

Das vorliegende Gesetz beinhalte eine ungleiche Behandlung von industrieller und landwirtschaftlicher Tierhaltung, so Werner Gehring (Rheinischer bzw. Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband). Den mittelständischen Betrieben drohten Verzögerungen mit Kosten von einigen zehntausend Euro, unterstrich auch Reinhard Lemke (Landwirtschaftskammer). Daher wandten sich beide gegen die neuen Regelungen; mindestens müsse der „Instrumentenkasten“ verkleinert werden, forderte Gehring. Die Gefahr, dass durch entstehende Verzögerungen deutsche Unternehmen bei der Forschung gegenüber ausländischen Konkurrenten zurückfallen könnten, sah Dr. Klaus-Dieter Bremm (Bayer Pharma AG). In die gleiche Richtung argumentierte Professor René Tolba (RWTH Aachen) mit Blick auf die Gesundheitsforschung. Die Erhebung einer Klage führe faktisch zum Ende von Forschungsvorhaben, denn es werde dann weder Fördermittel noch Mitarbeiter geben, stellte Professor Wolfgang Löwer dar.

Die „Horror szenarien“ seien überzogen, antwortete Evelyn Ofensberger (Deutscher Tierschutzbund). Der Gesetzesvorschlag set-

# Schutz der Geschöpfe

## Anhörung Verbandsklagerecht: Unterschiedliche Ansätze im Tierschutz

*30. November 2011 – Braucht der Tierschutz ein Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte der Tierschutzvereine? Ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung wurde bei einer gemeinsamen Anhörung von Umweltausschuss, Wissenschaftsausschuss und Rechtsausschuss auf Herz und Nieren geprüft. Die Meinungen der geladenen Fachleute gingen dabei weit auseinander.*

Auch Tiere, die im Zoo gehalten werden, sollen von den geplanten neuen Bestimmungen erfasst werden.  
Foto: Schälte

ze das verfassungsmäßig verankerte Staatsziel „Tierschutz“ um. Und nur dann, wenn der Tierschutz nicht angemessen berücksichtigt werde, drohe eine Klage. Die geplanten neuen Regelungen bedeuteten Akteneinsichtsrechte, Beschleunigungsmöglichkeiten und einen höheren Druck zugunsten des Tierschutzes. Dies sei eine Möglichkeit, den Wunsch des Verbrauchers auf artgerecht produzierte Lebensmittel umzusetzen. Da es sich um mögliche Feststellungsklagen handle, werde es keine zeitlichen Verzögerungen geben, ergänzte Baumgartl-Simons. Sie erwarte keine Klagewelle, meinte auch Professor Sabine Schlacke; angesichts möglicher Prozesskosten würden die Tierschutzverbände „maßvoll“ mit diesem Instrument umgehen. Die mögliche „Kontrolle der Kontrolleure“, also der Behörden, schaffte ihrer Meinung nach mehr „Waffengleichheit“. Und im Zweifel müsse das Gericht das letzte Wort haben, betonte Dr. Christoph Maisack. Dies könne nur über eine Verbandsklage erreicht werden.

Für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW wies Dr. Kai Zentara (Landkreistag NRW) darauf hin, dass das Land im vorparlamentarischen Verfahren die Beteiligungsrechte der Kommunen nicht ausreichend beachtet habe. Außerdem stelle sich die Frage, warum nicht auch andere Verbände wie der Bund der Steuerzahler oder Verkehrsverbände in ihren Bereichen ein Verbandsklagerecht erhalten sollten.

Unterschiedliche Aussagen gab es zur Frage, ob das Land angesichts des Bundessachrechts in diesem Bereich überhaupt Gesetze erlassen dürfe. Während Professor Wolfgang Löwer und Dr. Jost Hüttenbrink dies verneinten, sah dies Professor Sabine Schlacke als durchaus möglich an.

„Jedes Wesen soll Schutz haben“, hob Dr. Eisenhart von Loeper hervor. Das Verbandsklagerecht sei notwendig, um ein Recht mit Verfassungsrang in der „rauen Wirklichkeit“ umzusetzen. Insofern diene das geplante Gesetz der Rechtssicherheit und dem guten Gewissen. *cw*

# Aus den Fraktionen

## Bundeswehrreform: Laumann wirbt in Brüssel um Gelder aus dem Strukturfonds

Gute Nachrichten für die Militärstandorte in Nordrhein-Westfalen: Europäische Strukturhilfen im Umfang von knapp zwei Milliarden Euro dürfen auch zur Konversion genutzt werden. CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann hatte sich in der vergangenen Woche in Brüssel mit dem für die Regionalpolitik zuständigen Kommissar der Europäischen Union, Johannes Hahn, getroffen und um EU-Mittel für die Städ-



Karl-Josef Laumann (CDU)

te und Regionen erworben, die im Rahmen der Bundeswehrreform von Reduktion oder Schließung ihrer Bundeswehrstandorte betroffen sind. Eingefädelt hatte das Treffen der münsterländische CDU-Europaabgeordneten Markus Pieper.

Auch er war bei dem Treffen unter sechs Augen dabei. Laumann sprach von einem positiven und für das Land erfreulichen Ergebnis. „Jetzt liegt es an der Landesregierung, die Mittel durch ergänzende eigene Programme in Anspruch zu nehmen.“

In Nordrhein-Westfalen sind insbesondere Bundeswehrstandorte im Münsterland wie zum Beispiel in Rheine, in Ostwestfalen wie zum Beispiel in

Augustdorf, aber auch im Rheinland in Köln und in Kerpen von der Bundeswehrreform betroffen. Landesweit führt die Bundeswehrreform zur Schließung von drei Standorten sowie zur Ausdünnung 29 weiterer. Laumann: „Ich stehe zu der

Reform, aber wenn eine Stadt 40 Jahre Militärstandort war, hat sie sich eben auch genau so und nicht anders entwickelt. Wenn die Bundeswehr dann geht, gibt es auch die Verpflichtung, dem Standort bei der Umstrukturierung zu helfen.“

Mit dem Geld aus Brüssel könnte beispielsweise die Umwandlung von militärischen Unterkünften zu Hochschulen oder eines Kasernengeländes zum Industriegebiet möglich werden. Die CDU-Landtagsfraktion hat jetzt einen Antrag zur Bundeswehrstrukturreform (Drs. 15/3406) in den Landtag eingebracht. ■



## Stärkungspakt Stadtfinanzen – Land hilft Kommunen aus der Schuldenfalle

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode – noch zu Oppositionszeiten – hat die SPD-Landtagsfraktion das Konzept „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ entwickelt. Nun steht das von der rot-grünen Landesregierung eingebrachte Gesetz dazu kurz vor der Verabschiedung; die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP haben sich auf gemeinsame Änderungsanträge verständigt. So können noch in diesem Jahr 350 Millionen Euro an die 34 nordrhein-westfälischen Kommunen ausgezahlt werden, die in der größten finanziellen Not stecken und keine Chance haben, sich aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle zu befreien. Ab 2012 können auch die Gemeinden dem Stärkungspakt beitreten, bei denen die Haushaltsdaten eine Überschuldung in den kommenden Jahren erwarten lassen. Bis zum Jahr 2020 sollen Hilfen in Höhe von insgesamt

5,85 Milliarden Euro aufgebracht werden. Doch das Land wird diese Hilfen nicht alleine aufbringen können. SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP haben sich auch darauf verständigt, dass sich zunächst alle NRW-Kommunen an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen beteiligen: Durch einen Abzug an den ihnen zustehenden Mehreinnahmen aus der erhöhten Wohngeldrückerstattung sowie dem erhöhten Anteil an der Grunderwerbssteuer. Ab dem Jahr 2014 soll eine faire Lastenverteilung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen erreicht werden, z. B. durch eine Solidaritätsumlage. Das ist vertretbar, da sich verschiedene Entlastungen der Kommunen durch landes- und bundesgesetzliche Maßnahmen abzeichnen. Für die Städte und Gemeinden, die jetzt die Hilfen bekommen, ist wiederum klar: Das Geld gibt

es nicht ohne Gegenleistung. Die betroffenen Kommunen müssen Vorschläge erarbeiten, wie in Zukunft ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden kann. Beim Erarbeiten der jeweiligen Konsolidierungspläne vor Ort bietet das Land zur Unterstützung eine professionelle Beratung durch eine Task-Force an.

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen geht das Land bis an die Grenzen der Belastbarkeit, was den Landeshaushalt angeht. Nun muss auch der Bund handeln. Denn ohne massive Unterstützung aus Berlin, ohne eine nachhaltige, erhebliche Entlastung bei den Sozialausgaben, werden wir die Probleme unserer Städte und Gemeinden nicht dauerhaft lösen können. ■



## Rechtsextreme Gewalt endlich ernst nehmen!

Die aktuelle Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für das Thema Rechtsextremismus macht deutlich, wie tief der Schock über die Mordserie des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischer Untergrunds“ (NSU) in Gesellschaft und Politik sitzt. Bei der dringend notwendigen Aufklärung der Fehler von Verfassungsschutzämtern und Ermittlungsbehörden darf die Perspektive der Opfer und ihrer Familien jedoch nicht vergessen werden. Es ist bitter, dass die Ermittlungsbehörden angesichts von neun Todesopfern mit Migrationshintergrund nicht offensiv im rechtsextremen Spektrum ermittelt haben, sondern die Taten der Gruppe der Betroffenen zugeschrieben haben.

Rechte Gewalt ist aber kein neues Phänomen – auch nicht in NRW. Schon seit einigen Jahren finden sich in der Kriminalitätsstatistik für NRW besorgniserregend hohe Zahlen zu

politisch rechts motivierten Gewalttaten. Der Angriff einer rechtsextremen Gruppe auf eine Gewerkschaftsdemo am 1. Mai 2009 oder der Fund von selbstgebastelten Sprengkörpern bei Mitgliedern der Kameradschaft Aachener Land im letzten Jahr machen deutlich, wie ernst die Gefahr des Rechtsextremismus ist.



Foto: kebox - Fotolia.com

Ein Angriff auf Personen, die nur zum Opfer werden, weil sie nicht in das menschenfeindliche Bild der Neonazis passen, ist auch immer ein Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft. Als Grüne Fraktion haben wir uns schon früh für die Einrichtung von zwei spezialisierten Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt in NRW starkgemacht. Aber auch die Bundesministerin Schröder muss einen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus leisten, statt ihnen wie bisher mit Misstrauen und hohen Förderungshürden zu begegnen. ■



## Ausstellung „Leben“ zeigt Kunst vom Niederrhein bei der FDP-Fraktion

Unter dem Titel „Leben“ stellt der Maler und Bildhauer Harald Schloten in den Fluren der Fraktion und im Plenarfoyer seine Arbeiten aus. Zur Ausstellungseröffnung waren mehr als 50

Bürger der Einladung der FDP-Fraktion gefolgt. „Wenn wir uns auf Kunst einlassen, dann lassen wir uns auf einen Prozess ein, der uns auf unterschiedlichen Ebenen berühren und bewegen kann“, betonte Angela Freimuth, kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion und Vizepräsidentin des Landtags, in ihrer Begrüßung. Die Ausstellung zeigt überwiegend großformatige Ölbilder auf Leinwand sowie Skulpturen aus Holz und Metall. „Seit Harald Schloten 1988 den Sprung in die Welt der Kunst gewagt hat, gibt es für ihn keinen Tag ohne Arbeit und somit auch keinen Stillstand“, sagte

Freimuth. Der Mönchengladbacher widmet sich in seinen Werken überwiegend einer Hommage an die Weiblichkeit als Ursprung des Lebens. Die Ausstellung „Leben“ ist eine Möglichkeit, sich der Arbeit des niederrheinischen Künstlers zu nähern. Die FDP-Fraktion bietet heimischen Künstlern regelmäßig ein Forum, um ihr Schaffen zu präsentieren. Harald Schloten ist der zweite Künstler, der in der laufenden Legislaturperiode seine Werke vorstellt. Die Ausstellung im Landtag ist bis zum 5. Januar zu sehen. Besichtigung nach Anmeldung unter: 0211-884 4422. ■



Ausstellungseröffnung mit dem Künstler Harald Schloten und Angela Freimuth.



## Keine Formalität, sondern notwendiger Schritt: V-Leute abschalten!

Hoyerswerda, Mölln, Rostock, Solingen – Orte wie diese stehen für neofaschistische, rassistische Pogrome in Nachkriegsdeutschland. Rechter Terror ist kein neues Phänomen – das Gleiche gilt für Verbindungen zwischen Neonazis und „Verfassungsschutz“. Diesen Zustand muss der Landtag von Nordrhein-Westfalen dringend beenden, wie die Terrorserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zeigt. DIE LINKE fordert die Abschaltung der V-Leute im rechten Milieu.

1993 blickt die Welt erschüttert nach Solingen: Ein Brandanschlag kostet fünf türkische Mädchen und Frauen das Leben. Die vier Täter waren junge Neonazis, drei von ihnen trainierten im „Hak Pao“, einer Kampfsportschule mit Kontakten zu militanten Rechten in- und außerhalb der Region. Der Geschäftsführer, eine bekannte Größe der rechten Szene Solingens und u.a. we-

gen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft, war V-Mann des NRW-„Verfassungsschutzes“.

Doch wie im Fall der thüringischen Rechtsterroristen hat der „Verfassungsschutz“ damals vor dem Terror nicht gewarnt. Noch nicht mal einen „rechtsextremistischen Schwerpunkt“ will er in und um Solingen ausgemacht haben. Kein Wunder, wenn man auf Informationen von engagierten Neonazis setzt, die nicht selten selbst in Gewalttaten oder deren Planung verstrickt sind. Es ist viel mehr als ein Verdacht, dass auch die militante Rechte finanziell und informell gestärkt aus der Zusammenarbeit hervorgeht. Das gaben aufgeflogene Informanten auch des „Landesverfassungsschutzes“ offenherzig zu Protokoll.

Fakt ist: Die Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit den oftmals kriminellen und

selbst militanten Nazi-Spitzeln sind so mager, dass sie niemals die Gefahr rechtfertigen, die sich aus der Kooperation mit ihnen ergibt. Es ist untragbar, dass das Land über V-Leute die Gewalt gegen Migrant/-innen und Andersdenkende finanziert und unterstützt. Folglich ist das Abschalten der V-Leute keine Formalität hin zu einem erneuten NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Es ist ein notwendiger Schritt zum Schutz der Grundrechte aller Menschen in unserem Land. Die Verquickung von Geheimdienst und Neofaschisten bedroht die demokratischen Grundfesten unserer Gesellschaft. ■



## Sorge über Unabhängigkeit der Justiz

22. November 2011 – Vor dem Hintergrund des Schreibens eines Richters erörterte der Rechtsausschuss des Landtags (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) in einer Sondersitzung dessen Klagen bezüglich bestimmter Vorkommnisse in der Justizverwaltung. Die Vorwürfe betrafen die Zeit, als dieser für Verfahren von Holocaust-Überlebenden vor Sozialgerichten zuständig war.

Er wolle zwei Fragenkomplexe trennen, so Justizminister Thomas Kutschaty im Ausschuss. Erstens gehe es um die Sache, die Verfahren von Holocaust-Überlebenden an Sozialgerichten in NRW. Hier gebe es für ihn keinen Zweifel, dass diese nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ablaufen. Alle von dem Richter angesprochenen Punkte, insbesondere den Vorwurf, Prozessdokumente würden systematisch vernichtet, weise er entschieden zurück.

Zweitens gehe es um die beruflichen Erwartungen eines einzelnen Richters. Die von jenem diesbezüglich vorgelegten Kritikpunkte seien durch verschiedene Stellen geprüft und als nicht stichhaltig erachtet worden.

Die Trennung der beiden Sachverhalte wurde von allen Fraktionen übernommen. Aber auch wenn der Politik gerade aufgrund der Gewaltenteilung enge Grenzen gesetzt seien, stelle sich doch die Frage, ob die von dem betreffenden Richter beklagten Eingriffe in dessen Arbeit

nicht doch die Unabhängigkeit der Justiz angefasst hätten, so Peter Biesenbach (CDU). Die detaillierten Aussagen des Ministers wolle man nun nochmals genau prüfen.

Insbesondere gehe es um die Frage, nach welchen Verfahren und aufgrund welcher Rechtsgrundlage einige Urteile des Richters zu Lasten der Rentenversicherung aufgehoben worden seien, kurz nachdem dieser nicht mehr für den betreffenden Themenbereich zuständig gewesen sei, betonte Biesenbach. Diese Kurzfristigkeit kritisierte auch Dr. Robert Orth (FDP).

Das Aufheben der Urteile sei nach einer Änderung in der Rechtsprechung des Bun-

dessozialgerichts sowie nach Rechtsbehelfen einer betroffenen Verfahrenspartei geschehen, argumentierte Sven Wolf (SPD). In die Kritik geratene Verfahrensabsprachen zwischen dem Sozialgericht und einem Teil der Prozessbeteiligten verteidigte er mit Verweis auf eine mögliche Verfahrensbeschleunigung wegen des inzwischen hohen Alters der Holocaust-Opfer.

Vielleicht hätte man durch ein persönliches Gespräch mit dem entsprechenden Richter viele Unklarheiten klären können, meinte Anna Conrads (Linke).

Für innergerichtliche Vorgänge sei der Landtag nicht zuständig, erklärte Dagmar Hanses (Grüne). Man könne die diesbezüglichen Entscheidungen im vorliegenden Einzelfall nur respektieren. Des Weiteren solle man daran arbeiten, auch die organisatorische Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Hilfestellung und rechtsstaatliche Entscheidungen für die Betroffenen seien für sie das Maß der Dinge, so Hanses.

## Untersuchungsausschuss Bau- und Liegenschaftsbetrieb

22. November 2011 – Das Landesarchiv in Duisburg, das Schloss Kellenberg in Jülich, die Grundstücke Domgärten in Köln sowie den Neubau des Polizeipräsidiums in Köln-Kalk besichtigten Mitglieder eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Dieser untersucht seit September die mögliche Korruptionsaffäre rund um den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes NRW. Eingesetzt wurde der Ausschuss bei der Plenarsitzung des Landtags am 18. Mai 2011.

Konkret lautet der Untersuchungsauftrag, den Neubau des Landesarchivs in Duisburg, den Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln-Kalk sowie das Bauvorhaben Fachhochschule Köln, den Erwerb des Schlosses Kellenberg und weitere erkennbar werdende Sachverhalte, etwa den Erwerb des Vodafone-Hochhauses, zeitlich und sachlich aufzuklären. In diesem Zusammenhang sollen auch die Strukturen des BLB NRW untersucht werden. Dabei soll der Ausschuss unter anderem auch die Rolle der Landesregierungen und der zuständigen Ministerien als Auftraggeber und Kontrollorgan des BLB sowie die diesbezügliche Informationspolitik der Lan-

desregierungen gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit untersuchen. Insbesondere ist auch zu klären, was die unterschiedlichen Landesregierungen in den vergangenen Jahren unternommen haben, um Fehlentwicklungen beim BLB NRW entgegenzuwirken. Bislang hat der Ausschuss Verfahrensregeln festgelegt, Unterlagen angefordert und eben einige der betreffenden Örtlichkeiten besichtigt.

Der Ausschuss hat elf stimmberechtigte Mitglieder. Davon stellen die Fraktionen von CDU und SPD je vier Mitglieder, die Fraktionen von Grünen, FDP und Linke je ein Mitglied. Ausschussvorsitzender ist der CDU-Abgeord-

nete Peter Biesenbach. Er wird vertreten von Markus Töns (SPD).

Misstände oder Vorgänge, die man als solche vermutet, können im Landtag durch einen Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen, und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten (§ 1 UAG NRW). Wenn ein Fünftel der Mitglieder des Landtags einen Untersuchungsausschuss beantragt, muss er eingesetzt werden. Dies regelt Artikel 41 der Landesverfassung. Der Landtag beschließt dann auch, wie viele Mitglieder der betreffende Ausschuss haben soll. In den Ausschuss entsenden die einzelnen Fraktionen Mitglieder entsprechend ihrer Fraktionsstärke. Die eigentliche Beweisaufnahme verläuft öffentlich, es sei denn, zwei Drittel der Ausschussmitglieder stimmen für einen Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Untersuchungsausschuss als eines der wichtigsten Kontrollinstrumente der Volksvertretung hat (gegenüber der Exekutive) die Rechte der Akteneinsicht, der Auskunft und des Zutritts zu Landeseinrichtungen.

## Porträt: Özlem Alev Demirel (Linke)



Für andere engagiert hat sich Özlem Alev Demirel früh: „Schon in der dritten Klasse war ich Klassensprecherin“, erzählt die 27-Jährige und lacht. Heute ist sie die jüngste Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundesrepublik: Seit Juni managt Demirel das Tagesgeschäft der Fraktion der Linken im Landtag – und ist so mit unter 30 bereits beratendes Mitglied im Ältestenrat.

Ihr Vorgänger Ralf Michalowsky habe für einen „Generationswechsel“ plädiert: So begründet Demirel ihren Aufstieg in den Fraktionsvorstand nur ein Jahr nach Einzug der Linken in das Düsseldorf Parlament. Doch in Zeiten, in denen SPD und Grüne beim „Schulfrieden“ mit der CDU und beim „Stärkungspakt“ für klamme Kommunen mit der FDP regiert, die Linke aber gegen die späte Verabschiedung des Landeshaushalts klagt, steht die Kölnerin auch persönlich für das Ende der faktischen Tolerierung der Minderheitsregierung von SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft durch die Linkspartei: Demirel sympathisiert mit der Parteiströmung der „Antikapitalistischen Linken“ (AKL). Bei den Grünen wäre sie früher „Fundist“ genannt worden.

„Antikapitalismus ist als Position innerhalb der Linken wichtig“, sagt Demirel, die sich selbst als Marxistin begreift. Eine Mitarbeit bei SPD oder Grünen sei für sie deshalb nie in Frage gekommen: Die SPD betrachte sie spätestens seit der Hartz-Gesetzgebung als „Ex-Arbeiterpartei“. Und die Grünen? „Die waren ‚mal eine Friedenspartei‘“, schnaubt Demirel, die an der Universität Bonn Politik, Komparatistik und Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte studiert hat und gerade an ihrer Magisterarbeit schreibt, mit Blick nicht nur auf den Jugoslawien-Einsatz der Bundeswehr.

„Ich habe sehr jung erfahren, dass man sich wehren muss“, sagt Demirel: Schon vor ihrer Geburt im türkischen Malatya 1984 sei ihr Vater als Kommunist politischer Verfolgung durch die putschenden Militärs ausgesetzt gewesen. 1989 zog die Familie nach Deutschland – zunächst nach Bielefeld, wo bereits der Großvater in einer Lederfabrik arbeitete. Neun Jahre später zog sie mit ihrem Vater und den beiden älteren Brüdern nach Köln. Ihr Abitur machte sie dort 2004 – die drei Generationen der Familie Demirels, deren Großvater Analphabet war, stehen für eine Bildungskarriere par excellence.

Der diskriminierungsfreie Zugang zu möglichst hohen Bildungsabschlüssen sei eine Frage der Gerechtigkeit, findet die Linke – und doch noch immer eine Illusion: „Noch heute landen die Kinder von Arbeitern und Migranten auf der Hauptschule, aus Akademikerfamilien dagegen standardmäßig auf dem Gymnasium“, klagt sie. Überhaupt, Gerechtigkeit: „Die Ungerechtigkeit zu bekämpfen, faire Lebensbedingungen für alle Menschen zu schaffen, ist meine Motivation“, schreibt Demirel schon auf ihrer eigenen Homepage im Internet. Immer wieder begründet die kommunalpolitische Sprecherin der Linksfraktion ihr politisches Engagement mit diesem Motiv – und definiert Gerechtigkeit mit Marx: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen.“ Wegen der „ökonomischen Voraussetzungen“, also der Verteilung von Eigentum und Vermögen, seien die Menschen eben nicht gleich. „Die Freiheit, die uns propagiert wird, ist keine“, glaubt sie.

Schon fünf Jahre vor dem Abitur saß Demirel deshalb im Landesvorstand der Landes-schülerInnenvertretung. In Köln organisierte sie Demonstrationen gegen Rechtsextreme ebenso mit wie den Bildungsstreik gegen Studiengebühren oder Blockaden des sogenannten „Anti-Islamisierungskongresses“ der Rechtspopulisten von „Pro Köln“. Über eine offene Liste wurde sie 2004 Mitglied der Linksfraktion im Rat der Domstadt – Parteimitglied war sie da noch nicht: Während des Vereinigungsprozesses von WASG und PDS sei sie in beide Parteien eingetreten, erzählt sie: „Ich wollte so deutlich machen, dass hier etwas wirklich Neues entsteht.“

Umso genervter reagiert Demirel, die sich selbst als „Deutsche mit kurdischen Wurzeln aus der Türkei“ beschreibt, auf Fragen nach der DDR-Vergangenheit der Linken: „Absurd“ sei eine solche Argumentation, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin, die nach dem Mauerfall eingeschult wurde – schließlich stammten alle Abgeordnete ihrer Fraktion aus Nordrhein-Westfalen: „Was zum Teufel haben wir noch mit der DDR zu tun?“

Andreas Wyputte

## Literatur im Landtag

Mit „Literatur im Landtag“ hat in diesem Jahr eine neue Veranstaltungsreihe im NRW-Parlament begonnen. Sie widmet sich gesellschaftspolitischen Fragen im Spiegel der Literatur. So hat sie sich zum Auftakt im Juni mit dem Werk von Heinrich Böll auseinandergesetzt. Am 30. November 2011 folgte dann das Thema „Vom Anwerben zum Zusammenleben – 50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen“.

Landtagsvizepräsidentin Carina Gödecke begründete am 1. Juni 2011 die Wahl Bölls mit dem Satz: „Heinrich Böll ist der erste und einzige Schriftsteller aus NRW, der mit dem Literatur-nobelpreis ausgezeichnet worden ist.“ Weitere Gründe für die Auseinandersetzung mit Heinrich Böll lieferte Michael Serrer, Leiter des Literaturbüros NRW, der das Werk des Kölner Schriftstellers vorstellte. Die Ausführungen Serrers vertiefte der Schauspieler Bernt Hahn durch Texte Bölls.

„Deutsche und Türken haben lange mit Scheuklappen auf das Zusammenleben und unzureichende Integration geblickt“, erläuterte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg die Wahl des Themas des zweiten Abends. Geladen waren der Schriftsteller Feridun Zaimoglu, der aus seinem Roman „Ruß“ las, die Journalistin Hatice Akyün, Professor Volker C. Dörr (Universität Düsseldorf) sowie Rektor Bernd Bunge (Realschule Werdohl). Im Meinungsaustausch ging es über Themen wie Spracherwerb und Bildung hinaus um grundsätzliche Erwartungen und Erfahrungen, um Illusionen und um das Überwinden festgefahrener Denkmuster.

Die Veranstaltungsreihe soll im Jahr 2012 fortgesetzt werden.

cw



**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),  
Sonja Wand (sow, Redakteurin),  
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Redaktionelle Mitarbeit:

Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),  
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marc Herter MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Özlem Alev Demirel MdL (Linke), Parlamentarische Geschäftsführerin; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapshack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de,  
www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstage

Vom 8. bis 20. Dezember 2011

8.12. Preuß, Peter (CDU)	58
14.12. Zimmermann, Wolfgang (Linke)	62
16.12. Sundermann, Frank (SPD)	46
18.12. Brockes, Dietmar (FDP)	41
20.12. Gottschlich, Margret (SPD)	63

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

16.12. Meyer zur Heide, Günter (SPD)	75
--------------------------------------	----

## Raum der Stille

Am 20. Dezember 2011 wird im Landtag der Raum der Stille seiner Bestimmung übergeben. Der zentral in der Bürgerhalle gelegene Raum soll einladen zu Momenten der Ruhe und der Besinnung. Er steht Menschen gleich welchen Glaubens offen. Gestaltet ist der Raum von einem renommierten Künstler. In Raum der Stille werden zukünftig auch die Landtagsandachten stattfinden, zu denen die katholische und die evangelische Kirche jeweils am Donnerstag in der Plenarwoche einladen. Zur Eröffnungsfeier geladen sind die Mitglieder des Landtags sowie der Landesregierung.

## Treffen & Termine

8.12.2011 **Ausstellung** zum Internationalen Jahr der Wälder

8.12.2011 **Festveranstaltung** 10 Jahre Mpumalanga-Forum NRW

9.12.2011 **Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung** – gemeinsame Veranstaltung von Landtag, Evangelische Stiftung Hephata und Lebenshilfe NRW

13.12.2011 **Empfang** Pfadfinder – Übergabe Friedenslicht

19.12.2011 **50 Jahre ZDF** – Roadshow „Herausforderungen des Fernsehens in der Zukunft“

21.12.2011 **Aktion Lebendiger Adventskalender** – in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Friedens-Kirchengemeinde Düsseldorf

21.12.2011 **„Polenhilfe: Solidarität mit Solidarność“** – Film, Podiumsdiskussion und Buchvorstellung

22.12.2011 **Aufstellung** eines Chanukka-Leuchters im Rahmen des Chanukkafestes in der Bürgerhalle des Landtags – Landesverband Jüdische Gemeinden Nordrhein

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 8. Dezember 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

*Raum für Aufkleber (Postvertrieb)*

## Die Farbe Rot ...

... hat Signalwirkung – ohne Frage. Gerade Anfang Dezember steht sie im Schleifenformat traditionell für weltweite Solidarität mit HIV-Infizierten und Aids-Kranken. Konkret für, besser gegen die Stigmatisierung und Ausgrenzung dieser Menschen. Anlässlich des Welt-Aids-Tages hat die Aids-Hilfe NRW auch mit einem Infostand im Landtag Station gemacht. Dort konnten sich Abgeordnete wie auch Besucherinnen und Besucher informieren, Geld für die Betroffenen spenden und eben eine solche rote Schleife erhalten. Weltweit leben rund 34 Millionen Menschen mit dem Erreger, in Deutschland liegt die Zahl bei 73.000. Seit dem Jahr 1988 erinnern am ersten Dezembertag auch in Nordrhein-Westfalen verschiedene Organisationen an die Krankheit und rufen zur Solidarität mit den Betroffenen auf.

Foto: Schälte

